

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Adresse: Hannover 276 18  
Telefon-Adresse: 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 0,75 Goldmark  
Zustell- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen

Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Bonn  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bonn  
Telefon-Nummern: 88, 89, 90  
Telegraph: 117/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

### Die einzige Rettung.

In Deutschland am schlimmsten, aber auch in fast allen anderen kapitalistischen Ländern rückt die Reaktion gegen die Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz der Arbeiterklasse an. Vor unermesslichen Augen vollzieht sich gegenwärtig eine Entwürdigung, welche die ganze Welt erschauern läßt. In Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern, vornehmlich in Deutschland, am deutlichsten in Deutschland, vollzieht sich eine Entwürdigung der Arbeiterklasse, der kleinen Kapitalisten und Rentner, zeigt sich eine Umwälzung der Verhältnisse, eine kapitalistische Konzentration, wie sie in der Weltgeschichte noch nicht da war. Die in wenigen Stunden sich zusammenballende Wirtschaft verführt ganz selbstverständlich die kleine Schicht von Kapitalisten und Kleinrentnern ihre Stellung zu festigen durch Beherrschung des Staates. Ein Herr von Goldschmidt und Agnien dem Intendanten bis zum Regierungsmann steht ihnen dabei zur Verfügung.

#### Die Katastrophe Deutschlands

Es ist noch nicht vollendet, bei Fortsetzung dieser Wirtschaft kommt sie noch erst und sie wird unweigerlich Wirtschaft und Proletariat der ganzen Welt mit in ihren Strudel hineinziehen.

Kurzfristig wie der Kapitalismus ist, hat er seinen Vorteil und seine Rettung in unerhörter Ausbeutung der Arbeiterklasse.

#### Die deutschen Katastrophopolitiker

Aus dem Lager der Sozialdemokratie und der Sozialisten haben auch nach dem Abzug alles getan, was die deutsche Wirtschaft verderben und Deutschland wirtschaftlich ruinieren mußte. Als nach Genoa der Dollar auf 20 Mark stand, bestanden sie den Plan einer kleinen Anleihe, weil sie keine "Eindösung" der Reparationsfrage bedauert. Am 18. Juni 1922 schrieb Stinnes "Deutsche Allgemeine Zeitung":

"Unzweifelhaft Gegner einer Fortsetzung der Erfüllungspolitik ist Stinnes freilich unter allen Umständen, selbst auf die Gefahr hin, daß es zu einer Revolution im Ruhrgebiet kommt."

Als Ende 1922 die Regierung Cuno noch einmal den Versuch machte, die Ruhrbesetzung abzuwehren durch eine nach London und Paris gerichtete Note, in der bis 40 Goldmark Reparationsfähigkeit angeboten wurden, ließ der Reichsverband der Industrie auch dagegen Sturm.

#### Stinnes bekam die Ruhrbesetzung

Während er unter ihr Kapital in allen Ländern der Welt anlegte, vererbte er und verhungerte das deutsche Volk. Stinnes, Hindenburg und die deutsche Arbeiterklasse gegen die Arbeit unter fremden Besatzern zu Tausenden gingen Arbeiter und Beamten ins Gefängnis zu befristeten wurden sie zum und zum Verlassen. Das Reich kam an den Rand des Bankrotts und dann mußte die Ruhrbevölkerung Hungerlöhne erhalten!

Untragbar sind die Steuern und Besatzungssteuern für Deutschland, völlig untragbar für die besetzte Gebiete! Alles soll nunmehr auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgegossen werden. Arbeitslosigkeit, Hunger, Lohnsenkung und Massenarbeitslosigkeit sind die Folgen dieses letzten verlorenen Krieges. Und nicht nur das:

#### Brutalster Schatzmachergeist

erhebt wieder sein Haupt. Im Bezirk Halle gibt es Gruben, die die Einstellung von Bergleuten von der Wirtschaft im "Stahlhelm" abhängig machen. Im Osten und Westen, im Norden und Süden verlegen Unternehmer Gesetz und Vertrag, indem sie hungernden Arbeitern längere Arbeitszeit als vereinbart, Zehnerlöhne und faule Behandlung andienen. Gewaltig sind die Laster, die Deutschland zu tragen hat, seine Gesundheit wäre nur möglich, wenn diese Last vermindert und der Rest in duldsamer Regemenschafft getragen würde. Daraus wissen aber die Schatzmacher nichts zum Glück gefellen sie noch den Kopf! Nach hellem Ruhrkampf heißt es jetzt:

#### Der Mohr kann gehen!

Mittler Germania kann ihre Kinder nicht mehr ernähren! Nagt die "Deutsche Bergarbeiter-Zeitung" in ihrer Nummer vom 10. Februar. Sie behauptet die lachbare Not der Kleinen und Kleinen in den Großstädten und sieht das Teil jetzt nur noch in der Auswanderung. Sie habe, schreibt sie, seit Jahr und Tag die Regierung in den Fragen der inneren Kolonisation verwickelt gemacht, um die deutsche Ernährungsgewalt zu vergrößern. Sie habe einen Erfolg damit gehabt, weil, es den verschiedenen Regierungen seit 1918 möglich erschienen, an der Verteilung des Wenigen, was für den Konsum noch vorhanden war, herumzuprobieren, statt die Produktion zu heben."

### Reichsarbeitsministerium u. Arbeiterschaft haben die Unternehmer gelogen?

Vom Reichsarbeitsministerium wird folgendes mitgeteilt: In Nr. 6 der Bergarbeiter-Zeitung vom 9. Februar 1924 wird in einem "Offenen Brief an den Herrn Reichsarbeitsminister" gefordert, Arbeitsgebervertreter aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier und der Kohlenindustrie hätten sich gelegentlich von Verhandlungen vor Gewerkschaften darauf berufen, die von ihnen einseitig vorgenommenen Arbeitszeitverlängerungen seien mit Zustimmung der Reichsregierung und insbesondere erst dann in die Wege geleitet worden, nachdem den Arbeitgebern die Zustimmung gegeben worden sei, daß von Seiten des Reichsarbeitsministeriums Gründe gegen die außerordentliche Verlängerung der Arbeitszeit nicht erhoben würden.

Diese Darlegungen entsprechen nicht den Tatsachen. Das Reichsarbeitsministerium hat die einseitige Verlängerung vertragsmäßiger Tarifvereinbarungen niemals ausgeübt, sondern stets den Standpunkt vertreten, daß die Regelung der Arbeitszeitfrage wie die der übrigen Arbeitsbedingungen durch Verhandlungen zwischen den Parteien zu erfolgen hat, und daß bei Meinungsverschiedenheiten, über die eine Verständigung unter den Parteien nicht möglich ist, ein Schlichtungsverfahren einzuleiten ist. Dieser Standpunkt entspricht durchaus der persönlichen Auffassung des Reichsarbeitsministers.

Mit dieser allgemeinen Erklärung aus dem Reichsarbeitsministerium ist die Angelegenheit nicht abgetan. Wir werden Veranlassung nehmen, die in unserem "Offenen Brief" enthaltenen Vorschläge vor die Frage zu stellen, ob sie hinsichtlich der Arbeitszeit eine für diesen Fall unerhörte Aufhebung gegen das Reichsarbeitsministerium erhoben haben oder ob sie bei ihrer Beobachtung bleiben und ob sie sich in diesem Falle die Verantwortung als Lügner durch das Reichsarbeitsministerium gefallen lassen wollen.

Ein Ausweichen kann es hier auf keiner Seite geben!

#### Christliche Arbeiter

gegen das Reichsarbeitsministerium. Der "Bergknapp" nimmt Veranlassung, in seiner Nummer vom 18. Februar Theorie und Praxis des Reichsarbeitsministeriums gegenüberzustellen. Er zitiert ein paar

Demgegenüber ist zu bemerken, daß der preussische Landwirtschaftsminister und jetzige Ministerpräsident Braun seit vier und drei Jahren ein Spezialprogramm für die Verbesserung der Landwirtschaft mit blühenden Dingen in Aussicht genommen hat. Es ist nicht seine und nicht der Arbeitervertreter Schuld, wenn dies Programm nicht durchgeführt wurde, sondern es ist Schuld kapitalistisch-monopolistischer Gruppen.

Die "D. Bergm. Zig." bejaht die Frage, ob die Auswanderung aus Deutschland heute zu fördern sei. Sie schreibt:

Wer sich draußen soviel verdienen kann, daß er sich und seine Familie betriebslos zu ernähren vermag, steht in Deutschland zu liegen und zu hungern, der soll in Gottes Namen in die Fremde gehen... Der deutsche Staat und das deutsche Volk haben kein Interesse daran, daß die Region der Armen, Kranken, Unzufriedenen und Lebensüberdrüssigen gleichbleibt oder sich vergrößert. Weniger Menschen heißt hier mehr!

Vom nationalen wie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist diese Auswanderung gleich gut und verwerflich. Klug, Arme, Kranke, Lebensüberdrüssige wandern aus, sondern die besten, gesunden, leistungsfähigen Arbeiter! Je mehr auswandern, um so größer wird der in Deutschland bleibende leistungsfähige Teil der Bevölkerung, um so schwächer die Produktionskraft Deutschlands, die letzten Endes nur gelunden kann durch die Pflege des Mensch. Den Menschen zweckdienlich in den Produktionsprozess einzugliedern, ihn als den wichtigsten und wertvollsten Faktor im Produktionsprozess zu erkennen und zu behandeln: das ist die Aufgabe des Endes Wiederaufbaus unserer Wirtschaft, Befundung unseres Volkes, Ruhe, Frieden und Glück der Welt ab.

#### Menschenökonomie statt Profitinteresse

alle Unterdrückung wegzuputzen versucht und dabei notwendig auf gerichtete Löhne zugreift und mit Schleichem auch Gütes und Notwendiges vernichtet!

#### eine Welle der Verzweiflung

Solange es noch Zeit ist, rufen wir den Mahnenden zu: Vor dem letzten Mann ergriffen nicht!

Was ist in den letzten Jahren nicht alles subvertiert, zusammengetragen, verdrängt worden über Menschenökonomie, über die notwendige Kunst, dem besetzten Menschen die richtige Stellung im Produktionsprozess zu verschaffen! Aber unsere Kapitalisten haben davon nichts. Sie begreifen nicht, daß der bessere Psychologe auch der bessere Goldhess und der bessere Industriekapitalist ist.

#### Dann aber müssen wir begreifen

was uns und unserem Volke not tut. Wenn du ein Linsenbewahrer Arbeiter sein willst, dann

Schäme dich, wenn du feimlich an der Idee des Aufstiegs der Arbeiterklasse verzweifelst, die doch ihre unausweichliche Mission ist, will nicht sie und soll nicht die ganze moderne Kultur zugrunde gehen.

Schäme dich, wenn du den Mund nicht öffnest, wenn Großsprecher aller Art die Schuld an deinem Elend auf die "Führer" werfen, denn du hast die Verantwortung auf dich genommen, die auch heute in der schwierigen Lage nur blühenden Ergebnis aus vorhandenen Tatsachen, die Fortsetzung aus gegebenen Materialverhältnissen ziehen.

Schäme dich, wenn du dann meinst, daß deine Organisation sehr bald wieder eine aussichtslosende Macht im Wirtschaftsleben sein könne.

#### Du mußt nur wollen!

Aus deinem Erkenntnis, daß der Weg, den wir jahrzehntlang unter Mühen, Sorgen und Opfern bahnten, nicht falsch ist, mußt du den eisernen Willen schärfen, den wir überall deiner Organisation den Platz zu erkämpfen, der ihr gebührt. Neue Geisteskräfte haben eine Menge deutscher Arbeiter jahrelang in die Irre geführt und noch immer finden viele den Weg nicht zurück, viele werden sich dadurch ab von jeder Organisation, ohne die doch der Arbeiter willensloser Elende ist. Es wird die höchste Zeit, daß du hilff, diese Verwirrungen für deine Organisation zu gewinnen, denn nur starke Organisation ist Rettung für die Arbeiterschaft, Rettung für das Volk!

Seine Sätze die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 27. Januar d. J. in Gagen über die Lohnbestimmungsfrage, paritätischer Schlichtungsausschüsse und Arbeitsvermittlungsbüros der Betriebsräte gesprochen hat. Diesen schönen Worten stellt der "Bergknapp" die Praxis des Reichsarbeitsministeriums gegenüber. Die Arbeitnehmer seien vom Reichsarbeitsministerium nicht geschützt worden, nachdem sie bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit immer wieder auf eine befriedigende Regelung der Lohnfrage verzichtet worden seien. Die Regierung, Schlichtungspraxis auf Arbeitnehmervertrag für die Arbeit zu erklären, stellt der "Bergknapp" die rasch erfolgten Verbindlichkeitsvereinbarungen gegenüber die auf Antrag der Unternehmer erfolgten und sagt dann:

"So können die Dinge nicht weitergehen. Mit solchen Programmen ist den Bergarbeitern nicht geholfen. Die zum Teil a-befriedigende Einstellung im Reichsarbeitsministerium können die Bergarbeiter länger nicht mehr ertragen. Was nützt der gute Wille des Reichsarbeitsministers, wenn die Maßnahmen der Organe des Reichsarbeitsministeriums in entgegengesetzter Richtung gehen? Die Gebude der Bergarbeiter ist zu Ende. Möge unser Nachruf nicht vergeblich sein!"

Wir würdigen die Rücksicht, welche die christlich organisierten Arbeiter auf ihren Parteigenossen Dr. Brauns nehmen. Wir müssen aber feststellen:

Für die arbeitgeberfeindliche Einstellung des Reichsarbeitsministeriums, für die von dem Minister selbst getroffenen Entscheidungen trägt der Herr Reichsarbeitsminister auch persönlich die volle Verantwortung. Auch dann und dann erst recht, wenn diese arbeitgeberfeindliche Politik zur Empörung der Bergleute führt, die sich in sehr unklarer Weise äußert.

#### Eine Resolution gegen Dr. Brauns.

Eine Vertreterversammlung des christlichen Gewerkschafts in Berlin beschloß dem Reichsarbeitsminister eine scharfe Entschließung die inhaltlich bes. e. b. sagt, mit der oben angezogenen Artikel des "Bergknapp".

Auch zu dem Reichsminister Dr. Brauns wurde eine Abordnung geschickt, in deren Namen Imbusch u. a. betonte, daß nicht der Bergbau und die Bergarbeiter den Krieg verloren hätten, sondern das gesamte deutsche Volk. Deshalb sei es ein großes Unrecht, die Lasten der Kriegsverträge den Bergbau allein tragen zu lassen. Das würde dazu führen,

daß letzten Endes alle Lasten auf die Bergarbeiter abgewälzt würden. Es sei eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, daß die Lasten der Kriegsverträge auf die gesamte Bevölkerung verteilt würden. Der Reichsminister soll verprochen haben, die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden in der nächsten Sitzung des Reichskabinetts zur Sprache zu bringen.

### Der Reichsarbeitsminister sabotiert das Reichslohnvertragsgesetz.

Statt auf vorgebrachte Beschwerden einzugehen, versuchte der Minister am 12. Februar höchstpersönlich, die Arbeitnehmervertreter im Vorhinein des Reichslohnvertragsgesetzes zu bewegen, sich einverstanden zu erklären mit einer Änderung, wonach die Bestimmungen über die Alterspension und die 40prozentige Rente nach 25 Dienstjahren bis zum 1. Januar 1925 ausgesetzt werden sollten.

Die Spekulation des Herrn Dr. Brauns ist klar: Die Unternehmer klagen über zu hohe Löhne, die ihnen das Gesetz bringt. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, das am 15. Februar ab ist, hätte Dr. Brauns vielleicht eine Verordnung über die Aussetzung erteilt, wenn die Arbeitnehmervertreter zugestimmt hätten. Diese letzteren aber entschieden ab. Kamerad Viktor von unierem Verband sowohl wie Wegner vom christlichen Gewerkschaftsverein und Werner von den Angehörigen. Wenn Dr. Brauns Lust dazu verspürt, kann er ja versuchen, noch von diesem Reichstag vor den Wahlen die Aussetzung beschließen zu lassen. — Einen Bericht über die Sitzung lassen wir folgen.

### Zu den Aufgaben der Betriebsräte.

Die Betriebsräte sind zum Schutze einer gesunden Entwicklung vielfach in den Strudel der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre hineingezogen worden. Von linksradikaler Seite wurden die Betriebsräte mit demühten in die vordersten Reihen des politischen Kampfes geführt. Sie sollten die Leitung der Betriebe übernehmen. Abgesehen davon, daß hierzu gewisse Vorbildung und Kenntnisse vorhanden sein müssen die die Betriebsräte unmöglich haben können, darf nicht vergessen werden, daß eine Betriebsleitung niemals die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft sein kann. Das ist selbst in sozialistischen Betrieben nicht möglich. Die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmerschaft ist aber eine der vornehmsten Aufgaben der Betriebsräte.

Der Betriebsrat, der kraft Gesetz zu einem Faktor der Wirtschaft geworden ist, steht gewissermaßen zwischen Belegschaft und Betriebsleitung. Seine Tätigkeit kann nur eine Vermittlernde und ausgleichende sein, wobei auf der einen Seite die berechtigten Interessen der Belegschaft, auf der anderen die Wirtschaftlichkeit und das Gelingen des Betriebes zu beachten ist. (Hier ist Wirtschaftlichkeit im volkswirtschaftlichen, nicht im engem Unternehmerrinne gemeint.)

Das Betriebsrätegesetz gibt den Betriebsräten nicht das Recht, Eingriffe in die Betriebsleitung vorzunehmen, wohl aber das Recht und somit auch die Pflicht, der Betriebsleitung mit Rat zur Seite zu stehen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, gibt das Gesetz den Betriebsräten in weitere wichtige Rechte, welche sind: die Einmischung in die Bilanz, die Erstellung der Wirtschaftskennziffern durch die Betriebsleitung und die Einmischung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Das Betriebsrätegesetz weist erhebliche Mängel auf, aber eins wird ausgegeben werden müssen: das Aufgabengebiet, welches den Betriebsräten bereits erschlossen wurde, ist ein sehr umfangreiches. Wer den gestellten Aufgaben gerecht werden will, der muß vor allem betriebsfremd sein, die notwendigen Kenntnisse zu erwerben, er muß versuchen, in die Materie einzudringen, denn alle Rechte nützen nichts, wenn sie nicht zu Anwendung kommen.

Daraus ergibt sich, daß eine gesunde Entwicklung des Betriebsräteorgans in hohem Maße abhängig ist von den Personen, die als Betriebsräte gewählt werden. Kameraden, die die Betriebsräte als politische Einrichtung als Vorposten im politischen Kampfe betrachten, sind für den Posten eines Betriebsrates ungeeignet. Die Erfüllung der Betriebsratsaufgaben erfordert Kameraden, die sich bemerken ganz widmen und sie nur vom Gesichtspunkte des Betriebes in Verbindung mit den gemeinschaftlichen Organisationen betrachten. Bei der Aufstellung der Kandidaten muß auf diesen Punkt das größte Gewicht gelegt werden. Die Politik und die Parteizugehörigkeit darf bei der Auswahl der Kandidaten keine Rolle spielen. Nur die Fähigkeit und die Einstellung zu den Betriebsratsaufgaben kann hier ausschlaggebend sein.

Die Stellung des Betriebsrates gegenüber der Verwaltung hängt mit ab von dem tatsächlichen Zutreten des Betriebsrates selbst. Der größtmögliche Einfluss darauf aber ist, ob die Belegschaft geschlossen hinter dem Betriebsrat steht oder nicht. Eine Belegschaft, die in sich selbst zerfällt ist und wo die einzelnen Gruppen des Betriebsrat bekämpfen und ihm Schwierigkeiten bereiten, macht es dem Betriebsrat unmöglich, seine Aufgaben zu erfüllen und schädigt dadurch ihre eigenen Interessen. Dem gewählten Betriebsrat muß auch das Vertrauen der Belegschaft entgegengebracht werden. Nur dann ist der Betriebsrat, der sich auf sein Aufgabengebiet beschränkt, in der Lage, seine höheren Pflichten zu erfüllen. Nur solche Betriebsräte können für die Arbeitnehmerschaft und die Weiterentwicklung der Betriebsräte selbstes Nützlich sein.

### Lohn und Arbeitszeit.

#### Vor einer neuen Katastrophe im Ruhrgebiet?

Im Ruhrbergbau fanden am 13. Februar Verhandlungen über verschiedene noch nicht geregelte Fragen statt. Zunächst handelte es sich um die Bezahlung der Mehrarbeit vor heißen Betriebspunkten. Die Unternehmer übten hier die Praxis daß sie auch dort, wo bisher die Arbeitszeit 6 Stunden betrug, für 1 Stunde Mehrarbeit nur eine Bezahlung von 1/3 des Lohnes gewährten. Sie stellten sich dafür auf Grund des Abkommens über die Mehrarbeit bereit, wobei die Arbeitnehmervertreter den Standpunkt vertraten, daß diese Spezialfrage noch nicht geregelt sei, daß sie aber nach Treu und Glauben nicht anders beantwortet werden könne als daß die Mehrarbeit im Verhältnis zur üblichen Arbeitszeit, also die Ueberstunde bei überhöhter Stundenarbeit mit 1/3 bezahlt werden müsse.

Eine Entigung erfolgte nicht, vor der Entscheidung sollen zunächst eingeholt werden, welche Auffassung über die erste Frage richtig ist, die der Unternehmer- oder die der Arbeitervertreter.

Wichtiger als diese Frage sind aber die neuen Forderungen der Unternehmer zur Änderung der Lohnordnung.

Diese neuen Forderungen bedeuten glatte eine Katastrophe für den Wirtschaftsfrieden an der Ruhr!

Unter Hinweis auf die noch immer mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Ruhrkohle bei den heutigen Preisen verlangen die Unternehmer: Wegfall des Haushandgeldes;

Wegfall des Mindestlohnes und des Grundlohnes;

Einführung eines Lohnabzugs für Lehrzeit von 10 Prozent; Erhöhung des Abzugs für Schleiher im Gedinge auf 20 Prozent; Einführung einer Lohnspanne bis zu 1,30 ML zwischen den einzelnen Gruppenlöhnen;

Befreiung der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern;
Erhöhung der Altersgrenze für den Bezug des Voll-Lohnes auf 24 Jahre;
Regulierung der Löhne im allgemeinen.

Die weiteren Folgen dieser Katastrophenpolitik der Unternehmer bleiben abzuwarten.

Im rheinischen Braunkohlenrevier

Haben die Belegschaften den für verbindlich erklärten Schlichterspruch über die Arbeitszeit mit dem Streik beantwortet, der einige Wochen dauern wird...

Ausperrung in Sachsen.

Wollte die Vereinbarung über die Arbeitszeit nicht anerkannt und weil deswegen Betriebsräte entlassen wurden, kam es im hiesigen sächsischen Bergrevier Sankt-Rode zu Differenzen...

Aus den Berggewerbegerichten.

Ein Fehlurteil des Berggewerbegerichts Dortmund, Kammer V (Dortmund III).

Unter der Überschrift: „Erfolgreicher Einwand höherer Gewalt“ veröffentlicht die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ in Nr. 26 vom 31. Januar 1924 nachfolgendes Urteil:
Kläger fordert von der Beklagten, auf deren Zeche er beschäftigt ist, die Auszahlung eines Betrages von 34 Millionen Mark...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Zellenbauernkastei.

Im Zellenbauernverband in Berlin, Chemnitz, in Duisburg und anderen Orten zeitigen Wahlen in den Gewerkschaften in der letzten Zeit Niederlagen kommunistischer Oppositionskräfte...

Gewerkschaftshelmschutz.

Das Landgericht II in Berlin hat eine Entscheidung gefällt (Mittwoch 28/10 433. 24), die für die Gewerkschaften von hohem Interesse ist. Das Urteil führt aus, daß der § 152 der Gewerbeordnung...

Internationale Rundschau.

Der Kampf der Bergarbeiter in Österreich.

Die Bergarbeiter in Österreich haben in einzelnen Betrieben, und zwar bei der Österreichisch-Älpler Montanergesellschaft, bei der Graßpöcker Eisenbahn- und Bergbauergesellschaft und auf den Werken...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 8. Woche...

Verbandsmitglieder!

Aus uns zugegangenem Material geht hervor, daß die Absicht besteht, einen Kongreß der revolutionären Bergarbeiter Mitteldeutschlands einzuberufen...

Knappschäftliches.

Bericht von der dritten Sitzung des vorläufigen Vorstandes des Reichsknappschäftsvereins.

In der dritten Vorstandssitzung, die am 11. Februar in Hannover stattfand, wurde über einen Teil der Anträge, die in der zweiten Sitzung in Berlin zur Abstimmung standen, nochmals abgeurteilt...

nur eine Beschwerde, die nach der Ablehnung durch den Vorstand von den Verbandsvertretern an den Reichsarbeitsminister weitergeleitet worden ist. Leider hat der Herr Reichsarbeitsminister auf diese Beschwerde noch nicht geantwortet...

Die Abstimmung über den Antrag der Höhe des Steigerungsbetrages, nach welchem sich die feste Rente bemessen soll, ist zurückgestellt worden...

Im weiteren Verlauf der Sitzung erhob Kamerad Viktor Bescherer darüber, daß von den Knappschäftsvereinen der § 60 der Unfallversicherung und der Personversicherung handelt...

Über die Beschwerden soll in der Sitzung des Satzungsausschusses am 20. Februar in Hannover beraten werden; besprochen auch darüber, ob die Bewährung von Familienkassen an Angehörige der Knappschäftsvereine...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schweres Grubenunglück auf dem Curttschacht in Hausdorf bei Neurode in Schlesien.

Am 4. Februar ereignete sich auf dem zur Benzengruben gehörenden Curttschacht ein schweres Grubenunglück, dem leider 24 Menschenleben zum Opfer fielen. Es handelt sich um einen in Niederschlesien nicht selten vorkommenden Ausbruch von Kohlenäure...

Die Schuld an diesem Unglücksfall kann wohl nach menschlichem Ermessen niemanden zugeschrieben werden. Es könnte den Anschein erwecken, als ob der mit zum Tode gekommene Aufseher daran Schuld wäre...

Dieser Unglücksfall soll allen Bergarbeitern ein Zeichen sein, daß genau nach den ihnen vorgeschriebenen Vorschriften vorzugehen; er zeigt aber auch weiter, wie notwendig es ist, daß das Aufsichtspersonal die Betriebsräte...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 8. Woche (vom 17. bis 23. Februar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Verbandsmitglieder!

Aus uns zugegangenem Material geht hervor, daß die Absicht besteht, einen Kongreß der revolutionären Bergarbeiter Mitteldeutschlands einzuberufen. Diesem mitteleuropäischen Kongreß soll dann später ein Kongreß für ganz Deutschland folgen...

Wir fordern deshalb alle Funktionäre und Mitglieder unseres Verbandes auf, sich einem solchen selbstverständlichen Beginnen mit aller Macht entgegenzusetzen. Wer sich trotzdem an der Vorbereitung eines solchen Kongresses beteiligt...

Bücherrevue.

Das Mitglied Emanuel Berg (Haupt-Nr. 121 673), Johanna Fabozze-Dorf, ist wegen Verwundung und großer Beteiligung von Verbandsangehörigen und wegen Schädigung des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatutes aus dem Verbandsausgeschieden.

Abtreueneränderungen.

Castro II. i. Vertrauensmann: Heinrich Böler, Christinnestr. 23. Kassierer: Albert Schweigmann, Christinnestr. 19. Helfertischen IX. i. Vertrauensmann: Bernd. Reineke, Martinstr. 2. Barmholz. Kassierer: Fritz Rieder, Barmholz Nr. 16.

Krankengeldauszahlung.

Castro II. Jeden letzten Sonntag im Monat, vorm. 10-12 Uhr, beim Kassierer Albert Schweigmann, Christinnestr. 19. Barmholz. Beim Kassierer Fritz Rieder, Barmholz Nr. 16.